

Bezahlbare Energie vor Ort

In diesen Monaten wird allen bewusst, dass bezahlbare Energie keine Selbstverständlichkeit ist.

Die Folgen des russischen Krieges gegen die Ukraine treffen besonders geringe und mittlere Einkommen. Energie muss nicht nur nachhaltig erzeugt werden, sondern auch bezahlbar sein.

Deswegen stärken wir die Gemeinde- und Stadtwerke, damit sie in den Ausbau von Wärmenetzen und klimafreundlicher Energieerzeugung investieren können.



Wertehaltung

Die hohen Energiepreise sind kein individuelles Problem, das auch jede*r einzelne lösen muss. Wir sehen es als gesellschaftliche Gemeinschaftsaufgabe an, die Energiewende hinzubekommen. Dafür brauchen wir einen aktiven und handlungsfähigen Staat, der in der Lage ist, die Infrastruktur dafür zu schaffen. Niemand wird damit allein und niemand wird zurückgelassen.

Hintergrund

Die Bundesregierung hat zahlreiche Entlastungen auf den Weg gebracht, z.B. das Energiegeld (300 Euro Einmalzahlung pro Erwerbstätigen sowie für Rentner und 200 Euro Studierende) oder die Gaspreisbremse (rückwirkend zum 1.1.2023 auf 12 Cent/KWh für 80 Prozent des Jahresverbrauchs), um bei den hohen Energiekosten zu helfen.

In der Krise hat sich gezeigt, dass unsere Stadtwerke im Land das Rückgrat der Versorgung mit Energie waren – in den allermeisten Fällen auch als Grundversorger vor Ort. Gleichzeitig sind sie als öffentliche Unternehmen mit den Gegebenheiten vor Ort vertraut und gestalten die Klimawende. Aber eine alleinige Übertragung der Verantwortung für die Wärmewende auf die Kommunen greift zu kurz. Deshalb fordern wir die Einrichtung einer Landesinfrastrukturgesellschaft, ein „Stadtwerk des Landes“, dass Kommunen und Stadtwerken bei Beratung, Planung, Bau und Betrieb unterstützen kann. [LT-Drs. 20/626].

Unser Ziel ist, dass bis 2030 40 Prozent aller Haushalte an ein Wärmenetz angeschlossen werden können, langfristig sogar 50 Prozent. [LT-Drs. 20/381].

Kritik an Schwarz-Grün

Schwarz-Grün verspricht eine Revolution im Wärmesektor, liefert aber nur einen zahnlosen Tiger. Es soll ein Kompetenzzentrum eingerichtet werden, dessen Aufgaben völlig unklar ist. Bekenntnis zu Investitionen: Fehlanzeige. Gleichzeitig werden Förderprogramme aufgelegt, die das eigene Klientel bedienen. Wer sich eine Wärmepumpe leisten kann, bekommt noch 2.000 Euro Förderung dafür. Das ist sozial ungerecht. Statt eine handfeste Strategie aufzulegen verliert sich die Landesregierung im Klein-Klein, z.B. mit der Förderung von Balkonkraftwerken mit 200 Euro.

Den Ganzttag im Blick

Unsere Schulen stehen vor enormen Herausforderungen. Die SPD wird sie stärken, sanieren und modernisieren. Der Rechtsanspruch auf den Ganzttag ab 2026 ist für alle Kommunalpolitiker*innen eine enorme Herausforderung.

Wir arbeiten an individuellen Konzepten vor Ort und setzen uns für eine verstärkte Kooperation mit Vereinen und Verbänden ein. Gleichzeitig fordern wir die Landesregierung auf, endlich ihren Verpflichtungen beim Ausbau der Ganzttagsschule nachzukommen.

Wertehaltung

Bildung ist die wichtigste Ressource, die wir haben. Der Wechsel von der Industriegesellschaft zur Wissensgesellschaft bringt neue Herausforderungen für die Schulen mit sich. Deshalb stehen wir zum Ideal einer Schule der Zukunft, die unsere Kinder und Jugendlichen allumfassend auf das Leben vorbereitet. Dabei wollen wir alle Schülerinnen und Schüler von den Kosten, die mit der Schule einhergehen, freihalten. Der Bildungserfolg darf nicht vom Elternhaus abhängen.

Hintergrund

Wir wollen die Arbeitsbedingungen für Lehrkräfte in Schleswig-Holstein verbessern. Dafür soll die Unterrichtsverpflichtung für Klassenlehrkräfte reduziert und zusätzliche Kontingente für besonders engagierte Lehrkräfte, Senioren- und Vertretungslehrkräfte geschaffen werden [LT-Drs 20/678]. Schwarz-Grün hat das abgelehnt.

Zur Umsetzung des Ganztagsanspruchs in der Grundschule ab 2026 besteht noch enormer Handlungsbedarf. Deshalb haben wir die Landesregierung aufgefordert, die Vorbereitung für den Ausbau der Angebote zu intensivieren und den Start in Schleswig-Holstein auf das Schuljahr 2024/25 vorzuziehen. Nur so ist es möglich sicherzustellen, dass zum gesetzlich verbindlichen Start in 2026 die nötigen Vorkehrungen getroffen werden [LT-Drs 20/583].

Wir haben im Landtag beantragt, dass die Landesregierung sicherstellen soll, dass Unterrichts- und Verbrauchsmaterial sowie digitale Endgeräte und Software den Schülerinnen und Schülern kostenfrei zur Verfügung gestellt werden [LT-Drs 20/878].

Kritik an Schwarz-Grün

Schwarz-Grün lässt die Kommunen bei der Vorbereitung des Ganztagsanspruchs ab 2026 und den Umstieg von G8 auf G9 komplett im Stich. Fördermittel des Landes für Investitionen der Städte und Gemeinden in ihre Schulen in Höhe von 120 Mio. Euro reichen bei weitem nicht aus. Die Schulträger im Land haben ein Volumen von über 1 Mrd. Euro angemeldet.

Jede zehnte Lehrkraft an den Schulen in Schleswig-Holstein ist keine ausgebildete Lehrkraft. Die Vorbereitung auf das Recht auf Ganztagsbetreuung in der Grundschule laufen in einem Tempo, das einem mit Blick auf 2026 Angst und Bange werden lässt. Klassen-, Arbeits- und Differenzierungsräume fehlen an vielen Schulen. Wo sie vorhanden sind, sind sie oft zu klein. Die Bildungsministerin bleibt aber auf so vielen Feldern untätig. Es gibt kein digitales Grundkonzept des Landes, jede Schule muss selbst zurechtkommen und eigene Strukturen entwickeln. Gleichzeitig lehnt die Koalition es ab, eine Studie zu beauftragen, die die realen Schulkosten in Schleswig-Holstein ermitteln. Schwarz-Grün hat schlicht kein Interesse daran zu erfahren, wie sehr die Familien durch diese Kosten belastet sind.

Gesundheit vor Ort

Die SPD sichert die gesundheitliche Infrastruktur in Deiner Region. Dazu zählt die Vor-Ort-für-Dich-Kraft und die Schaffung von mehr Versorgungszentren. Die schmerzhaften Monate der Corona-Pandemie haben den hohen Stellenwert sozialstaatlicher Leistungen unterstrichen. Wir wollen die Unterstützung wieder mehr direkt in die Quartiere tragen.

Deshalb setzen wir uns dafür ein, die Daseinsfürsorge zurück in die öffentliche Hand zu geben. Im Gesundheitswesen betrifft dies vor allem die Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen. Dabei fordern wir das Land auf, den Kommunen finanziell unter die Arme zu greifen.

Ein weiteres wichtiges Anliegen ist uns der Erhalt der Geburtskliniken: Auch hier muss das Land die Kommunen unterstützen.



Wertehaltung

Jeder Mensch muss leichten und uneingeschränkten Zugang zu medizinischer Versorgung haben. Deshalb darf Gesundheit nicht zur Ware werden.

Hintergrund

Mit dem Konzept der Vor-Ort-für-Dich-Kraft wollen wir die lokalen sozialen Strukturen stärken. Hierfür haben wir ein Programm beantragt, mit dem für zunächst 3,5 Jahre 100 Stellen vom Land finanziert werden, für die sich Kommunen bewerben können. [Landtagsdrucksache 20/585].

Wir wollen, dass das Land alle noch bestehenden Geburtsstationen im Land finanziell absichert, damit weiterhin flächendeckend eine geburtshilfliche Versorgung sichergestellt ist. [Landtagsdrucksache 20/800].

Kritik an Schwarz-Grün

Schwarz-Grün hat die Einführung der Vor-Ort-für-Dich-Kraft in den Haushaltsberatungen abgelehnt, obwohl sich zumindest die CDU zum Modell der „Gemeindeschwester“ bekannt hat. Dies zeigt, dass die CDU hierfür im Land keine Verantwortung übernehmen und die Kommunen mit diesen Aufgaben im Regen stehen lässt.

Die Landesregierung hat sich aus der Frage, wie die Imlandklinik in Eckernförde gerettet werden kann, nicht nur herausgehalten, sondern sich mit Daniel Günther und Gesundheitsministerin von der Decken klar zu einer privaten Trägerschaft ausgesprochen, obwohl die sinnvolle und tragfähige Option einer öffentlichen Trägerschaft mit dem städtischen Krankenhaus Kiel bestanden hat. Die CDU verspielt hier die öffentliche Gesundheitsvorsorge und medizinische Infrastruktur, die sich nunmehr den wirtschaftlichen Interessen des neuen Eigentümers beugen muss (Schön-Kliniken).

Mobilität in der Region

Kostengünstig, unkompliziert, sicher, inklusiv und gut vernetzt. Das ist unser Takt für die Verkehre. In urbanen Zentren sorgen wir für eine Verdichtung des öffentlichen Personennahverkehrs und machen ihn damit praktischer und zu einer echten Alternative zum Auto. Gerade im ländlichen Raum soll der öffentliche Personennahverkehr ausgebaut werden. Um den ÖPNV auch auf dem Land zur echten Alternative zu machen, muss er zuverlässig und regelmäßig fahren. Wir unterstützen alternative OnDemand Angebote wie z.B. den Anrufbus, um ländliche Regionen anzubinden. Die Nutzung des Fahrrads wollen wir durch eine bessere Infrastruktur in Stadt und Land weiter voranbringen. Doch im Flächenland SH ist das Auto für viele Menschen unverzichtbar.

Um die Energiewende dennoch voranzutreiben, treiben wir den Ausbau der Ladeinfrastruktur voran und fördern Carsharing-Konzepte (nur e-Auto) in den Kommunen. Zudem muss Elektromobilität im Geschosswohnungsbau gut erreichbar und erschwinglich wird. Wir treiben die Vernetzung der unterschiedlichen Verkehrsformen voran und machen den Verkehr gerade für die ungeschützteren Verkehrsteilnehmer*innen sicherer. Wir werden neue und alte Technologien nutzen, um Mobilität inklusiv zu gestalten.

SPD Soziale
Politik für
Dich.

Wertehaltung

Funktionierende Mobilität ist Grundlage für wirtschaftliche Entwicklung, Lebensqualität und Grundlage für Gesundheits- und Dienstleistungsversorgung. Als Flächenland sind wir sowohl auf einen gut ausgebauten, bezahlbaren ÖPNV als auch eine intakte Verkehrsinfrastruktur angewiesen.

Ein attraktiver ÖPNV ist zudem ein wichtiger Beitrag zum Klimaschutz.

Hintergrund

Die SPD-geführte Bundesregierung hat mit dem 9-Euro-Ticket eine wesentliche Entlastung im Mobilitätsbereich geschaffen. Mit dem bundesweit geltenden 49-Euro-Ticket ist nun ein Anschlussangebot geschaffen worden, das viele Pendler*innen erheblich entlastet.

Wir fordern ein Bildungsticket für Schüler*innen, Azubis, Studierende und Freiwilligendienstler*innen für 365 Euro/Jahr, was die Landesregierung abgelehnt hat. [LT-Drs 20/689]

In einem Antrag im Landtag haben wir die Landesregierung aufgefordert, deutlich mehr in den ÖPNV und den Ausbau des Schienenverkehrs zu investieren [LT-Drs 20/255].

In ländlichen Regionen sind wir weiter auf das Auto angewiesen. Deshalb brauchen wir deutlich mehr Investitionen in den Ausbau der Ladeinfrastruktur, im Zweifel auch öffentlich durch Stadtwerke oder das Land, um den Umstieg auf Elektromobilität so einfach wie möglich zu machen.

Kritik an Schwarz-Grün

Im Gegensatz zu anderen Bundesländern (HH, NDS, MV) schafft Schleswig-Holstein aktuell kein eigenes Angebot für junge Menschen im Zuge des 49-Euro-Tickets. (MV und NDS: 29 Euro, HH 19 Euro für Schüler*innen).

Stark für die Kleinsten

Die SPD baut Plätze und Angebote zur Kinderbetreuung aus. Wir verbessern die Qualität, starten Fachkräfteoffensiven und wollen Familien konkret entlasten.

Das Land bleibt in der Pflicht, die Elternbeiträge abzuschaffen und die Einnahmeausfälle von Kommunen und den anderen Trägern zu kompensieren.



Wertehaltung

Die Betreuung von Kindern in Einrichtungen gehört für uns zum Bildungsweg dazu. Deshalb stehen wir klar und deutlich zur Gebührenfreiheit. Kinder frühestmöglich in ihrer Entwicklung zu unterstützen ist auch ein Versprechen an alle nachfolgenden Generationen in einer solidarischen Gesellschaft. Investitionen in die Kitas sind Investitionen in die Zukunft.

Hintergrund

Schleswig-Holstein ist das einzige norddeutsche Bundesland, das noch Kita-Gebühren erhebt. Das ist sozial ungerecht. Deshalb wollen wir Familien von diesen Gebühren befreien. Gleichzeitig ist uns eine gute qualitative Versorgung mit Betreuungsangeboten, die auch den steigenden Anforderungen ans Berufsleben der Eltern entgegenkommt, wichtig. Wir wollen Kitas mit multiprofessionellen Teams ausstatten.

Wir haben zur Entlastung der Eltern im Landtag beantragt, für das Jahr 2023 die Kosten für die Mittagsverpflegung durch das Land zu übernehmen. Schwarz-Grün hat das abgelehnt, obwohl das Geld im Rahmen des Ukraine-Notkredits genau für solche Maßnahmen zur Verfügung stehen würde. [LT-Drs 20/663].

Auch haben wir beantragt, dass das Land die beitragsfreie Kita (für 5 Stunden Regelbetreuung) am 1.1.2023 umsetzt und bis 2027 Eltern vollständig von den Gebühren befreit. Schwarz-Grün hat auch das abgelehnt. [LT-Drs 20/279].

Kritik an Schwarz-Grün

Schwarz-Grün hat es verpasst, Eltern aktiv von den Gebühren der Kita oder bei den Verpflegungskosten zu entlasten. Die Entlastung von Familien mit geringem Einkommen bei den Gebühren ist ein Bürokratiemonster für einen zu geringen Zuschuss, der auch noch befristet ist.

Die Kita-Reform der Jamaika-Regierung belastet das System weiterhin. Das Land findet keine adäquate Lösung, die Fachkräftelücke bei den Kitas zu schließen. Eher noch wurden durch die Reform die vorhandenen Fachkräfte zusätzlich in ihrem Arbeitsalltag belastet.

Arbeitsplätze bei uns vor Ort

Die SPD stärkt die regionale Wirtschaft vor Ort, indem sie für die vielen kleinen und mittleren Unternehmen die besten Bedingungen schafft: genügend Gewerbeflächen, schnelle Genehmigungen, gut ausgebaute Infrastruktur.

Das sichert und schafft auch gute Arbeitsplätze. Die klimaneutrale Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft bietet enorme Chancen für Schleswig-Holstein, seine Unternehmen und seinen Arbeitsmarkt.



Wertehaltung

Arbeit bedeutet Teilhabe an der Gesellschaft. Gute Arbeit, von der man leben kann, ist für uns zentral. Arbeit soll Sicherheit und Entwicklungsmöglichkeiten schaffen. Wir haben Respekt vor allen Menschen, die den Lebensunterhalt für sich oder die eigene Familie bestreiten. Wir wollen eine Arbeitswelt, die Wertschätzung, Anerkennung und Solidarität hervorbringt und wichtige soziale Unterstützung leistet.

Hintergrund

Die SPD-geführte Bundesregierung hat den Mindestlohn auf 12 Euro angehoben, weil Menschen Respekt für ihre Arbeit verdient haben, egal in welchem Job sie arbeiten. Gleichzeitig haben wir das Bürgergeld eingeführt, damit man sich keine Sorgen machen muss, wenn man arbeitslos wird, sondern der Staat beim Wiedereinstieg hilft.

Die regionale Wirtschaft, die vor Ort Steuern zahlt und gute Arbeit bietet, ist das Rückgrat für gesunde Kommunalfinanzen. Deshalb muss Schleswig-Holstein seinen Standortfaktor besser nutzen: für Schlüsselindustrien in der Klimatransformation, bei Forschung sowie im Mittelstand und Tourismus.

Die Fachkräftesicherung und -gewinnung ist dabei eine zentrale Herausforderung. Deshalb wollen wir neben guten Arbeitsbedingungen auch eine gute Lebensqualität mit allem, was dazu gehört, sicherstellen: von der Kita, über Schule, Nahversorgung, Gesundheitsinfrastruktur und Naherholung.

Das Land ist in der Pflicht, gesetzlich für Tariftreue bei öffentlichen Aufträgen zu sorgen. Deshalb haben wir die Wiedereinführung eines Tariftreuegesetzes im Landtag beantragt [Landtagsdrucksache 20/69].

Kritik an Schwarz-Grün

Die Klimawende erfordert eine große Kraftanstrengung auch der Wirtschaft in Schleswig-Holstein. Die Landesregierung hat das Ausmaß dieser Transformation immer noch nicht begriffen und unterstützt die Unternehmen zu wenig auf dem Weg zum selbst propagierten klimaneutralen Industrieland.

Die Regierungskoalition hat unseren Vorschlag für eine Investitionsagentur nach dänischem Vorbild abgelehnt, die dazu beitragen sollte, Schleswig-Holstein als Standort u.a. für Erneuerbare Energien und Wasserstoffproduktion attraktiv zu machen. Schwarz-Grün verspielt damit die klaren Standortvorteile unseres Landes in der Klima-Transformation.

Bauen nach Maß

In knappen Zeiten gilt ganz besonders, dass wir Mieten bremsen, die Schaffung von Wohneigentum fördern und Wohnraum vor Spekulationen und Ausnutzung schützen. Die unterschiedlichen Kommunen in Schleswig-Holstein haben unterschiedliche Herausforderungen.

Wir werden den Bestand an öffentlichen und genossenschaftlichen Wohnungsbaugesellschaften erhalten und uns darüber hinaus für die Gründung einer neuen landesweiten Wohnungsbau-genossenschaft bzw. -gesellschaft einsetzen, damit gerade im Bereich des bezahlbaren und barrierefreien Wohnraums mehr Bauvorhaben realisiert werden.

In den Kommunen werden wir die baurechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen, um einen möglichst hohen Anteil von öffentlich geförderten Wohnraum sicherzustellen. Grundsätzlich sollen Verdichtung, Aufstockung und Umnutzung Vorrang vor der Erschließung neuer Außenflächen haben.

Wertehaltung

Wohnen ist ein Menschenrecht. Niemand muss sich sorgen machen, kein Dach über dem Kopf zu haben. Mehr noch: Wohnen muss bezahlbar sein. Das ist eine der zentralen sozialen Fragen unserer Zeit.

Hintergrund

Kommunal besteht bei der Bauleitplanung ein wichtiges Steuerungselement zur Schaffung sozial geförderten Wohnraums. Spielräume hierfür wollen wir in den jeweils konkreten Verfahren nutzen – immer mit dem Ziel, möglichst viele Wohnungen zu fördern. Gleichzeitig ist vielen Fraktionen in Wohnprojekten ein guter Mix aus gefördertem und nicht frei finanzierten Wohnungen wichtig.

Private Investoren haben zu oft wenig Interesse daran, geförderten Wohnraum zu schaffen, weil die zu erzielenden Mieteinnahmen die Renditeerwartungen nicht erreichen. Daher wollen wir Investitionen der öffentlichen Hand z.B. durch kommunale Wohnungsbaugesellschaften unterstützen.

Wir wollen das Recht auf bezahlbares Wohnen in die Landesverfassung aufnehmen. Das Land muss die Städte und Gemeinden finanziell und fachlich dabei unterstützen, durch qualifizierte Mietspiegel Transparenz auf den lokalen Wohnungsmärkten herzustellen und, wo nötig, Mieterhöhungen zu begrenzen.

Mit der Wohngeldreform hat die SPD-geführte Bundesregierung den Kreis der Berechtigten deutlich erweitert und die Zuschüsse spürbar angehoben, damit Mieter*innen die gestiegenen Mieten und Energiepreise stemmen können.

Wir haben die Landesregierung in einem umfassenden Antrag aufgefordert, zügig Mieter*innen im Land zu entlasten und/oder zu unterstützen [LT-Drs 20/508].

Kritik an Schwarz-Grün

Die Landesregierung hat die Mietpreisbremse und die Kappungsgrenze abgeschafft. Das verschärft den Anstieg der Mieten im Land.

Ein groß angekündigtes Wohnraumschutzgesetz lässt weiter auf sich warten. Dabei wäre es dringend nötig, um Mieter*innen vor „Schrottimmobilien“ zu schützen.